



# pax\_zeit

Fokus Zentralafrika



Internationale Katholische  
Friedensbewegung



Luigi Bettazzi, vermittelt Lust am Engagement in der Kirche, in der Gesellschaft und in der Politik.

Wie, erfahren Sie auf den Seiten 14/15.

Foto: pax christi Würzburg

## Editorial

Liebe Leserinnen und Leser, meine erste Begegnung mit Frauen, die in den Dörfern vieler Länder Afrikas den Frieden in die Hand nehmen, war 1995 beim NGO-Forum der Pekinger Weltfrauenkonferenz. Diese Frauen haben viele Inhalte der politischen Forderungen geprägt, die damals von der Konferenz ausgingen: Erbrecht für Töchter, sexuelle Selbstbestimmung, Beteiligung von Frauen an den offiziellen Verhandlungen, in denen Bedingungen des Friedens und damit des Zusammenlebens nach Gewalterfahrungen festgeschrieben werden.

Während ich diese Zeilen im Februar 2016 schreibe, lese ich Berichte aus Bambari, einer Stadt in der Zentralafrikanischen Republik, über sexualisierter Gewalt, die kongolesische Blauhelmsoldaten Frauen und Mädchen angetan haben. Die Erfahrung, dass die, die sich Beschützer nennen, missbrauchen und vergewaltigen, ist eine der grausamsten. Ich lese, die UN-Soldaten seien in Hausarrest. Über Hilfe für die Frauen und Mädchen lese ich nichts. Nicole Mokabi, Mitglied der „pax christi-Kommission Solidarität mit Zentralafrika“, beschreibt in einem Gedicht die grausamen Erfahrungen der Frauen, der optimistische Teil darin lautet so: „Kongolesische Frau, Frau der Hoffnung, viel Leid, physische und psychische Gewalt und Not konnten Deinen Willen zum Überleben und Deinen starken Willen nicht bezwingen. Dieser tägliche Kampf wird sich irgendwann lohnen.“

Diese pax\_zeit bietet mehrere Artikel zur Lage in Zentralafrika, die die Kommission zusammengestellt hat. Dieses Heft präsentiert darüber hinaus Einblicke in das Schwerpunktthema des aktuellen Rüstungsexportberichts der GKKE. Es geht um Kleinwaffen und darum, offen die Debatte um das Für und Wider solcher Lieferungen wie an die Peschmerga im Irak zu führen.

Stefan Silber erzählt vom Besuch des Konzilsbischofs Luigi Bettazzi in Würzburg. Martin Singe vertieft die Diskussion um Zivilen Ungehorsam, die die pax christi-Delegiertenversammlung im Jahr 2014 angestoßen hat.

Sie alle laden wir ein, den pax christi-Stand auf der Kirchenmeile des Katholikentags im Mai in Leipzig zu besuchen. Gesprächspartner dort werden u. a. der deutsche pax christi-Präsident, Bischof Algermissen und der internationale pax christi-Präsident, Bischof Kevin Dowling sein. Unser Thema dort: Aktive Gewaltfreiheit.

Wir freuen uns auf Ihren Besuch!

Christine Hoffmann

## Vernetzt

Interessante  
Veranstaltungen  
befeundeter  
Organisationen



### Begegnungsreise Nahost

pax christi und die IPPNW laden vom 18. bis 30. September 2016 zu einer sechsten Begegnungsreise in die Westbank und nach Jerusalem ein. Die Reisenden informieren sich hier über die Folgen der israelischen Besiedlungs- und Besatzungspolitik mit Mauern, Zäunen und Kontrollpunkten. Als Gäste wohnen sie in Bethlehem in Familien und erleben so unmittelbar den Alltag der Menschen.

Der Preis für die Reise beträgt 1.650 Euro, darin enthalten sind Flug und Unterkunft, Mahlzeiten (ausgenommen sind 5-6 Mittagessen bei den Besichtigungsfahrten) und Fahrten mit lokaler Reisebegleitung.

Anmeldeschluss ist der 15. Juni 2016

Weitere Informationen und die Anmeldung zur Reise sind möglich bei Norbert Richter, n.richter@paxchristi.de, und Sabine Farrouh, farrouhs@gmx.de.

### Impressum

pax\_zeit Zeitschrift der deutschen pax christi-Sektion. Herausgeberin pax christi Deutsche Sektion e.V., Hedwigskirchgasse 3, 10117 Berlin, sekretariat@paxchristi.de, www.paxchristi.de Redaktion Klaus Beurle, Christine Hoffmann (verantwortl.), Odilo Metzler, Josef Roberg, Markus Weber Titelfoto Roland Brockmann, Misereor Gesamtherstellung Ute Begemann, Solingen Druck und Versand Druckerei Hitzegrad GmbH & Co. KG, Wuppertal.

Die Redaktion behält sich den Abdruck und die Kürzung von Leserbriefen vor.

pax christi – Deutsche Sektion e.V., Hedwigskirchgasse 3, 10117 Berlin, Tel. 030 2007678-0, sekretariat@paxchristi.de

Gedruckt auf Circleoffset Premium White (100% Recycling, FSC-zertifiziert) Redaktionsschluss für die Ausgabe 2\_2016: 6.4.2016.

# Inhalt

## Fokus Zentralafrika

---

Seite 4

### Von der Kriegs- zur Friedensökonomie?

Heinz Werner Wessler

Seite 6

### Politischer Wechsel in Zentralafrika

Jean Djamba Olamba/Reinhard J. Voß

Seite 8

### Versuchung der Macht

Claus Schrowange

Seite 10

### ÖNZ-Friedenspreis 2015

Ronja Fink/Gesine Ames

## Aktiv für den Frieden

---

Seite 12

### „Der Krieg im Ost-Kongo ist nicht beendet.“

Wiltrud Rösch-Metzler

## International

---

Seite 14

### Ein Mann wie eine Tankstelle

Stefan Silber

## Rüstungsexporte

---

Seite 16

### Sehr kritisch: Waffen in den Irak

Simone Wisotzki

## Bewegung

---

Seite 18

### Ziviler Ungehorsam und pax christi

Martin Singe

## Meldungen

---

Seite 20

### Aus dem Bundesvorstand

Josef Roberg

Seite 20

### Nachrichten aus den Kommissionen

Odilo Metzler

Seite 21

### Meldungen aus den Diözesanverbänden

Markus Weber

## Glaube Perspektive

---

Seite 23

### Beten, Fasten und Spenden

Horst-Peter Rauguth



Foto: Roland Brockmann, Misereor

### Coltanabbau finanziert bewaffnete Konflikte

Coltan bedeutet für Millionen Menschen im Kongo Gewalt, Bürgerkrieg und Umweltzerstörung. Die Minen zerstören fruchtbares Land. Und viele Minen im Osten des Kongos stehen unter der Kontrolle bewaffneter Gruppen, die sich aus den Gewinnen finanzieren. Dieses Coltan steckt zum Beispiel in Handys, für die die Länder der EU ein riesiger Absatzmarkt sind. Und so fördern in Europa verkaufte Produkte gewaltsame Konflikte nicht nur im Kongo.

# Von der Kriegs- zur Friedensökonomie?

## Komplexe Handlungsansätze und die Versuchung des Fatalismus in der Kongo-Solidaritätsarbeit

Heinz Werner Wessler

Von den finstersten Zeiten des sogenannten Kongo-Freistaates bis hin zur postkolonialen Demokratischen Republik Kongo der Gegenwart lag und liegt der Fluch des Rohstoffreichtums über dem Land. Die Gewinne gehen immer noch zum größten Teil in den Norden der Welt, während die meisten Menschen vor Ort immer tiefer ins Elend gerissen werden.

Selbst ein UN-Bericht sprach im April 2001 von der „illegalen Ausbeutung von Rohstoffen in der DR Kongo“. Es zeigte sich jedoch in den folgenden Jahren, dass die besagte Illegalität rechtlich nur schwer greifbar zu machen ist. Wohl gibt es OECD-Leitlinien für multinationale Unternehmen, Richtlinien der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), völker- und menschenrechtliche Normen, mit denen sich das Unheil anprangern lässt. Wer jedoch konkrete Schuld und Täter benennen und die Verantwortungspflicht der Industriestaaten mit diesen Instrumenten geltend machen will, muss nicht nur professionell vor Ort recherchieren, sondern auch fundierte Verfahrens- und Rechtskompetenzen mitbringen, die wir selbst mit einem Verbund von Nichtregierungsorganisationen kaum aufbringen können .

2001 ahnte jedoch der Coltan-Weltmarktführer (Coltan = Erz, unverzichtbar in der Smartphone-Produktion) H.C. Starck, eine Bayer-Tochterfirma, die Gefahren durch Imageschaden und versprach auf Anfrage, keinen Rohstoff mehr aus der Region Kivu beziehen zu wollen. Die Lage blieb aber unübersichtlich. Selbst einige kongolesische Partner wandten sich gegen Boykottforderungen und wiesen auf die lebenswichtigen Interessen der zahllosen Kleinschürfer hin.

### Advocacy und Awareness

In dieser Situation wurde auch die Bundesregierung nervös und ließ über die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe eine „fingerprint“-Methode zum Herkunftsnachweis von Coltan entwickeln und exemplarische zertifizierte Abbau- und Handelsketten für einzelne Minen in der Region der Großen Seen aufbauen.

Das kongolesische Parlament setzte selbst eine Kommission zu einer Neuordnung des Rohstoffsektors im eigenen Land ein, die 2005 einen sehr kritischen Bericht zu den skandalösen Besitzverhältnissen im Rohstoffbereich veröffentlicht

hat. Leider verschwand der sogenannte Lutundula-Bericht im Konflikt zwischen der unfähigen Regierung und dem kongolesischen Parlament in der Schublade. Auch die katholische Bischofskonferenz nahm sich des Problems an und schuf auf nationaler und diözesaner Ebene Kommissionen, die sich mit dem Zusammenhang von Rohstoffökonomie, Entwicklung und Frieden beschäftigten.

### Perspektiven

Eines ist klar: Hoffnung auf Frieden und nachhaltige Entwicklung kann nur bestehen, wenn es gelingt, den tödlichen Kreislauf der Gewaltökonomie, den mafösen Export von Rohstoffen am Staat vorbei und den Import von Waffen in eine Friedensökonomie zu überführen.

Dazu müssen vor allem die Handelswege transparent gestaltet werden. Ausgerechnet die USA haben 2010 mit dem Dodd-Frank-Act Bewegung in die Debatte gebracht. Nach diesem Gesetz müssen Kunden mit einer Information auf den Endprodukten auf die Herkunft der verwendeten Rohstoffe aus dem Kongo („conflict minerals“) aufmerksam gemacht werden. Während die kongolesische Regierung darin eine diskriminierende Einmischung in innere Angelegenheiten sieht, hat sich eine Gruppe von EU-Abgeordneten von der amerikanischen Vorlage inspirieren lassen und tatsächlich 2015 unter anderem mit Unterstützung von pax christi einen Richtlinienentwurf zur Zertifizierung von Rohstoffexporten durch das EU-Parlament gebracht, dessen endgültige Formulierung derzeit im sogenannten Trilog zwischen europäischem Parlament, Rat und Kommission ausgehandelt wird.

### Komplexitätsreduktion?

Kontrovers sind vor allem Fragen der Rechtsverbindlichkeit und das Ausmaß der Zertifizierung. Das den „Grünen“ nahestehende „Öko-Institut“ hat in einer kuriosen Kooperation mit dem Bund der deutschen Industrie (BDI) eine Studie herausgebracht, die sich für nachhaltige Kontrollmechanismen im Bereich zwischen Abbau und Schmelze („upstream due diligence“) ausspricht, die Kontrolle über den Weg von der Schmelze bis zu den Endverbrauchern („downstream due diligence“) allerdings für kontraproduktiv hält. Der Arbeitskreis Rohstoffe in Berlin, ein informeller Zusammenschluss von Vertreter/innen von Nichtregierungsorganisationen (u.a. das Ökumenische Netz Zentralafrika), hält dagegen die Zertifizierung entlang der gesamten Handelskette für entscheidend.



Seit vielen Jahren versucht die pax christi-Kommission Solidarität mit Zentralafrika allein oder in Netzwerken politisch Verantwortliche zu beeinflussen und die Öffentlichkeit zu mobilisieren. Wirkungslos war das nicht – doch es ist schwer, zusehen zu müssen, wie sich über Jahre und Jahrzehnte die Situation vor Ort im Kivu nicht verbessert – wie eine ganze Gesellschaft in der Agonie verharret, wie die Armen in ihrem Unheil festgenagelt bleiben und ganze Generationen ihrer Lebenschancen beraubt werden.

Heinz Werner Wessler ist Mitglied der Kommission Solidarität mit Zentralafrika.

Die pax christi-Kommission Solidarität mit Zentralafrika hat zwei Impulse-Hefte zur Situation im Kongo erstellt, die über [www.paxchristi.de](http://www.paxchristi.de) heruntergeladen werden können:

**Impulse 29**  
Friedenskultur und  
Versöhnungsarbeit im Kongo

**Impulse 32**  
Kunst und Konflikt:  
Bildsignale aus Bukavu/Kongo



# Politischer Wechsel in Zentralafrika

Die Schwierigkeiten am Beispiel von Burundi und Kongo



Foto: Reinhard J. Voß

Nicolas Bwema aus Goma – Partner der Bischöflichen Kommission Gerechtigkeit und Frieden, in Diskussionen mit Tagelöhnern.

## Jean Djamba Olamba/Reinhard J. Voß

Die Legitimation einer Regierung in einer Demokratie wird durch faire und freie Wahlen gewonnen. Das ist eine der Voraussetzungen für den friedlichen Regierungswechsel und dementsprechend die Konsolidierung junger Demokratien. Die politische Situation im Kongo 2011/2016 und in Burundi 2015 sind gekennzeichnet von drei Aspekten, die auch immer wieder zu Gewalt auf beiden Seiten führen: Verschärfung totalitärer Maßnahmen der Machthaber in Vorwahlzeiten (Menschenrechtsverletzungen, willkürliche Festnahmen), Fälschungen bei den Wahlen, Repression nach den Wahlen.

### Zur Situation in der DR Kongo

In der Demokratischen Republik Kongo ist die Lage zwar wirtschaftlich besser geworden, wenn auch nicht für die breite Bevölkerung, aber die Menschenrechtssituation bleibt sehr problematisch und unbefriedigend. Die Sicherheitslage ist weiter instabil, es herrschen in einigen Provinzen bürgerkriegsähnliche Zustände durch Rebellenangriffe. Massenver-

gewaltigungen von Frauen gelten als Kriegswaffe im Osten des Kongos. Das nicht-neutrale Justizsystem erfüllt nicht internationale Standards.

### Katholische Kirche als Gegenspieler der Regierung

Es gab kurz vor Jahresende 2015 ein Extratreffen zwischen Staat und der von der Regierung gefürchteten katholischen Kirche. Ein Ausschuss von katholischen Bischöfen soll nun den Wahlprozess und den Dialog neu beleben. Die Bischofskonferenz ist besorgt über Verzögerungen und macht zugleich ihren Widerstand gegen Verfassungsänderungen deutlich. Sie verweist auf Art. 64 der Verfassung, der Kongolesen verpflichtet, jeglichem Machtwechsel außerhalb des Verfassungsrahmens zu widerstehen.

### Die Wahlen werden hinausgezögert

Im Vorfeld der vergangenen Präsidentschaftswahlen vom November 2011 gab es heftige Auseinandersetzungen. Präsident Joseph Kabila hat Ende Juni 2011 eine umstrittene Änderung des Wahlgesetzes unterschrieben. Die Stichwahlen



Foto: Reinhard J. Voß

In der DR Kongo hat sich die wirtschaftliche Lage verbessert – wenn auch nicht für die breite Bevölkerung. Die Menschenrechtslage hingegen bleibt sehr problematisch und unbefriedigend.

wurden dadurch abgeschafft und seine Wiederwahlchancen verbessert. Er gewann gegen den jahrzehntelangen Oppositionsführer Etienne Tshisekedi, der ihn nie anerkannte. Es gab weltweit Vorwürfe wegen massiver Wahlfälschungen. Vor den für November 2016 geplanten Wahlen versucht die Regierung seit Anfang 2015 durch politisch-strategische Manöver entweder dem derzeitigen Präsidenten eine dritte Kandidatur zu ermöglichen, die die Verfassung nicht erlaubt, oder aber die Wahlen zu verzögern. Konkret: Politisierung der Wahlkommission; Versuche von Verfassungs- und Wahlgesetzesänderung; Neugliederung des Landes durch Erhöhung der Anzahl der Provinzen von 10 auf 26, meist von oben herab; Gewalt; Einschüchterung der politischen Gegner; Verfolgung der freien Presse und der Friedensaktivisten. Die optimale Wahlen ermöglichende Volkszählung würde bei einer geschätzten Bevölkerung von 72 Millionen zwei bis drei Jahre dauern. Sie wurde deswegen vorerst verschoben. Der Versuch einer Präsidentenwahl durch das Parlament scheiterte am Senat und an den eine Woche dauernden Demonstrationen der Bevölkerung, vor allem von Studenten und Jugendlichen.

#### Kabila will an der Macht bleiben

Der Wahlkampf für die Präsidentschaftswahlen im Kongo hat offiziell noch nicht begonnen, aber die Opposition beklagt schon jetzt, dass der von Präsident Kabila einberufene „nationale Dialog“ auch ein weiteres Manöver sei, sich über seine laufende Legislaturperiode hinweg an der Macht zu halten. So ist zu befürchten, dass die Wahlen überhaupt nicht stattfinden und Kabila eine Übergangsregierung einberuft, die die gewünschten Wahlen in einigen Jahren organisieren soll. Bis dahin bleibt er als Präsident und darf, wenn es soweit ist, ganz normal wieder kandidieren, weil die Begrenzung der Wiederwahl auf zwei Legislaturperioden rechtlich dann nicht mehr greifen wird.

Reinhard J. Voß war von 2001 – 2008 pax christi-Generalsekretär. Heute ist er EIRENE-Vorsitzender. Jean Djamba Olamba ist Kongolese, studierte in Mainz Mineralogie und lebt in Deutschland. Beide sind Mitglieder der pax christi-Kommission Solidarität mit Zentralafrika.

# Versuchung der Macht

Steht Burundi vor einem Völkermord? – Situation im Land Anfang 2016



Foto: 123rf.com/jdrv



Foto: shutterstock.com/pavalena

Zerrissenes Land. Wiederholt sich hier im Konflikt um die Macht zwischen Hutu und Tutsi der Völkermord von Ruanda?

## Claus Schrowange

Das Arusha-Friedensabkommen von 2000 ebnete den Weg für die Transformation des ethnischen Konfliktes zwischen den Hutu und Tutsi in Burundi, der zwischen 1993 und 2005 mehr als 300.000 Menschenleben gekostet hat. Präsident wurde 2005 der ehemalige Hutu-Rebellenführer Pierre Nkurunziza. Er wurde mit maximal zwei fünfjährigen Amtszeiten mandatiert. Seine erzwungene Wiederwahl im Juli 2015 hat Burundi in eine tiefe politische Krise gestoßen.

### Verbot von zivilgesellschaftlichen Organisationen

Bereits 2012 hatte sich gezeigt, dass Präsident Nkurunziza Vorbereitungen für eine dritte Amtszeit traf. Er versuchte, die Opposition zu spalten und Kandidaten von den geplanten Wahlen 2015 auszuschließen. Nach seiner Nominierung kam es im April 2015 zu Straßenschlachten zwischen der Polizei und der Protestbewegung und schließlich am 13. Mai zu

einem gescheiterten Putschversuch einer Splittergruppe der burundischen Armee. Der radikale Arm der Regierungspartei CNDD-FDD bekam daraufhin immer mehr Macht. Jeder Regierungskritiker wurde als „Putschist“ verteufelt. Bedrohungen und gezielte Tötungen von Nkurunziza-Gegnern nahmen zu, ausgeübt von der Polizei, dem Geheimdienst und Anhängern des CNDD-FDD Jugendverbandes ‚Imbonerakure‘. Freie Medienberichterstattung wurde unterbunden. Dreizehn kritische zivilgesellschaftliche Organisationen wurden verboten und ihre Konten eingefroren.

### Menschen fliehen aus ihrem Land

Die Opposition mobilisierte sich im Exil, einige Regimegegner gingen zum bewaffneten Widerstand über. Zwei Rebellengruppen haben sich offiziell formiert. Burundi beschuldigt Ruanda, die Militarisierung der Oppositionsbewegung zu unterstützen. Fast täglich kommt es zu Polizeirazzien in oppositionsnahen Stadtbezirken der Hauptstadt Bujumbura,

Unter Beobachtung der UN finden 2005 in Burundi demokratische Wahlen statt. Heute greift der damals zum Präsidenten gewählte ehemalige Hutu-Rebellenführer Pierre Nkurunziza nach der Macht.

Die Menschen protestieren, die internationale Gemeinschaft versucht, Druck auszuüben. Die Wirtschaft Burundis steht vor dem Kollaps.

Fotos: un-photo.com



oftmals mit sexuellen Übergriffen verbunden. Menschen werden willkürlich verhaftet und gefoltert. Gezielte Anschläge auf Schlüsselpersonen und Anhänger beider Lager nehmen zu. Ende 2015 lag die Zahl der Todesopfer bei 900. Viele Menschen sind aus Angst geflohen. Der UNHCR hat 232.006 burundische Flüchtlinge in den Nachbarländern und Uganda registriert (Stand 10. Januar 2016). Im November wurde die ethnischen Hass schürende Rhetorik des Senatspräsidenten wiederbelebt. Die Angst vor einem Völkermord, wie er 1994 in Ruanda geschah, wächst.

#### Mediationsversuche sind bislang gescheitert

Die internationale Gemeinschaft versucht, Druck auszuüben, aber Mediationsversuche sind bisher gescheitert. Die Afrikanische Union (AU) reagierte mit dem Entschluss, eine spezielle Eingreiftruppe mit 5.000 Soldaten zu entsenden. Die burundische Regierung lehnt den Einsatz ab. Viele Geschäftsleute haben das Land verlassen. Wirtschaftssankti-

onen wurden erlassen, Entwicklungshilfe eingefroren. Die Wirtschaft Burundis steht vor dem Kollaps.

Eine politische (Zwischen-)Lösung könnte eine Übergangsregierung der nationalen Einheit sein, in der Pierre Nkurunziza nach Rücktritt als Präsident ein hohes Amt beibehält, um sein Gesicht zu bewahren. Gleichzeitig muss ein intensiver Versöhnungsdialog initiiert werden, mit Aufbereitung der Vergangenheit.

Claus Schrowange ist nach mehreren Einsätzen als Friedensfachkraft in Nigeria, Uganda und Ruanda in den nächsten drei Jahren Fachkraft (ZFD) für EIRENE in Bujumbura, Burundi. Seine Schwerpunkte sind Friedenserziehung, Theater der Unterdrückten und Friedensjournalismus.

# ÖNZ-Friedenspreis 2015

Friedenspolitischer Einsatz für die zentralafrikanischen Länder



Foto: Gregor Zielke / ÖNZ

Abia Tamwasi hat die Organisation UTUKA gegründet und arbeitet als psychologische Beraterin im psychiatrischen Zentrum CEPIMA.

Murhabazi Namegabe ist der Direktor von BVES in Bukavu in der Provinz Süd-Kivu. Er verhandelt mit Milizführern und Armeemitgliedern über die Freilassung von Kindersoldaten und versorgt diese in den Zentren der Stiftung.

## Ronja Fink/Gesine Ames

Die zentralafrikanische Region findet wenig Aufmerksamkeit in der deutschen Öffentlichkeit. Um dies zu ändern, verleiht das Ökumenische Netz Zentralafrika (ÖNZ) seit 2010 einen Friedenspreis.

Er zeichnet herausragende Persönlichkeiten und Organisationen aus den drei zentralafrikanischen Ländern DR Kongo, Ruanda und Burundi aus, die sich im Bereich der Friedens- und Menschenrechtsarbeit einsetzen. Zum einen soll die geleistete Arbeit in oftmals schwierigen politischen Kontexten und humanitären Krisen gewürdigt werden, zum anderen soll die Auszeichnung die Preisträger ermutigen, sich weiter zu engagieren.

## Kampf gegen sexualisierte Gewalt

2015 ging der ÖNZ-Friedenspreis an zwei Menschenrechtsaktivist/innen, die sich mit ihrer Arbeit und ihrem Engagement dem Kampf gegen sexualisierte Gewalt in der DR

Kongo widmen. Besonders in den Kivu-Regionen im Osten des Landes werden Massenvergewaltigungen als Kriegswaffe eingesetzt und hinterlassen gravierende Spuren in der Gesellschaft. Die Folgen für die betroffenen Mädchen und Frauen reichen von schwersten physischen und psychischen Verletzungen bis zum Ausschluss aus der Gemeinschaft.

Abia Tamwasi hat die Organisation UTUKA gegründet, welche für die psychische und physische Hilfe für Überlebende sexualisierter Gewalt sorgt und ihnen eine Reintegration in den Alltag ermöglicht. Zudem arbeitet sie als psychologische Beraterin im psychiatrischen Zentrum CEPIMA in Butembo in der Provinz Nord-Kivu, einem momentanem Hotspot täglicher gewalttätiger Übergriffe.

## Engagement macht Hoffnung

Murhabazi Namegabe ist der Direktor von BVES in Bukavu in der Provinz Süd-Kivu. Er verhandelt mit Milizführern und Armeemitgliedern über die Freilassung von Kindersoldaten und versorgt diese in den Zentren der Stiftung. Dort



Foto: Gregor Zielke / ÖNZ

erhalten sie sowohl medizinische und psychologische Versorgung als auch Unterstützung bei der Ausbildung oder der Wiedereingliederung in die Familie. Aufgrund seiner Arbeit begibt sich Murhabazi Namegabe immer wieder in gefährliche Situationen. Sieben Mitarbeiter wurden bereits getötet und Namegabe selbst wurde mehrfach bedroht.

Beide Preisträger/innen wiesen bei der Preisverleihung am 01.12.2015 in Berlin auf die gravierenden Probleme aufgrund der unzähligen bewaffneten Akteure und der fortwährenden Gewaltspirale hin. Sie fordern die Internationale Gemeinschaft dazu auf, dem Thema sexualisierter Gewalt mehr Aufmerksamkeit zu schenken, zivilgesellschaftliche Arbeit aktiv zu unterstützen und mehr politischen Druck auf die kongolesische Regierung aufzubauen.

Das Engagement der Preisträger/innen macht Hoffnung und zeigt, welche entscheidende Rolle zivilgesellschaftliche Organisationen in Konfliktregionen spielen. Daher ist die Würdigung ihrer Arbeit eine wichtige Unterstützung auf ihrem Weg.

Gesine Ames ist seit Ende 2013 die Koordinatorin des Ökumenischen Netz Zentralafrika. Sie arbeitet bereits seit Januar 2009 beim ÖNZ. Ronja Fink ist seit November 2015 beim ÖNZ tätig.

### ÖNZ

Das Ökumenische Netz Zentralafrika (ÖNZ) wurde 2002 von pax christi mit gegründet. Es handelt sich um einen Zusammenschluss kirchlicher Werke mit dem Ziel der Advocacy-Arbeit für die Region Große Seen in Afrika. Das ÖNZ hat ein Büro in Berlin, das die politische Arbeit für die Region und gegen deren anhaltende Marginalisierung organisiert. Mitglieder des ÖNZ-Koordinations-Kreises sind: AGEH, Brot für die Welt-Evangelischer Entwicklungsdienst, Misereor, pax christi, Vereinte Evangelische Mission. Enge Kontakte bestehen zum europäischen Netzwerk für Zentralafrika-Solidarität EU-Rat mit Sitz in Brüssel. Die pax christi-Vertretung im ÖNZ nimmt Heinz Werner Wessler aus der Kommission Solidarität mit Zentralafrika wahr.

# Der Krieg im Ost-Kongo ist nicht beendet

Hintergründe und Lösungsansätze



Thérèse Mema Mapenzi und missio-Präsident Klaus Krämer stellen die missio-Menschenrechtsstudie vor: Demokratische Republik Kongo – Der Krieg, die Frauen und unsere Handys

## Wiltrud Rösch-Metzler

*Thérèse Mema Mapenzi wurde 1982 in der Süd-Kivu Provinz geboren. Seit fünf Jahren arbeitet sie als Sozialarbeiterin im Büro der katholischen Kommission Justitia et Pax in der Provinzhauptstadt Bukavu. Sie fordert ein aktiveres Eingreifen der UN im Ost-Kongo und ein Ende der Bergbauaktivitäten der Rebellen.*

Ich arbeite mit traumatisierten Frauen, die der Gewalt des Krieges ausgesetzt waren, sowie mit Kindern und Männern. Wir möchten sie dazu bringen, über ihre Kriegserlebnisse zu sprechen. Wenn es gelingt, dass sie erzählen, sind wir vielleicht in der Lage, ihnen zu helfen. Meistens möchten die Opfer nicht reden, weil sie Angst haben, in ihrer Gemeinde stigmatisiert zu werden.

Wenn sie sprechen, verstehen wir ihre Sorgen und können den Prozess der Trauma-Heilung beginnen. Wir besuchen auch Familien, um sie zu versöhnen. Es gibt Fälle, wo Väter ihre Töchter vergewaltigen mussten oder Söhne ihre Mütter, wo Mütter vor den Augen ihrer Kinder vergewaltigt wurden, wo ein Kind aufgrund einer Vergewaltigung geboren wurde... Die Familien möchten darüber nicht reden. Die Opfer werden aber so doppelt zum Opfer, durch das Stigma der Gemeinschaft und durch die Gewalt des Krieges.

## Zerstörte Familienstrukturen wieder aufbauen

Auf Bitte eines Opfers reden wir mit den Familien über diese Probleme. Von Beginn an erläutern wir, dass das Opfer nicht verantwortlich ist, sondern Ergebnis des Krieges ist. Unser Ziel ist es, die Familie die durch Krieg und sexualisierte Gewalt zerstört wurde, wieder aufzubauen. Opfer, die aufgrund sexualisierter Gewalt physisch erkrankt sind, bringen wir in Krankenhäuser. Wir versuchen, physische und psychische Wunden zu heilen. Wir haben mit allen Altersgruppen zu tun, mit sieben Monate alten Babies bis hin zu 75-jährigen Frauen.

Anfangs habe ich einfach zugehört, wenn mir solche Geschichten erzählt wurden. Dann sandte mich meine Organisation nach Kigali/Ruanda, um dort zu lernen, wie man traumatisierten Menschen hilft. Ich mag meine Arbeit und ich bin stolz zu sehen, dass wir dank des „aktiven Zuhörens“ unsere Gesellschaft wieder aufbauen.

In unserer Region im Osten Kongos ist der Krieg noch nicht beendet. Erst vergangene Woche hat die Rebellengruppe M23 erklärt, nicht mehr zu kämpfen. Ich glaube, dass der Krieg enden könnte, wenn wir ein Bergbauunternehmen in der Region hätten, das die Menschenrechte achtet. Die Rebellen gehen normalerweise in die Bergbau-Gebiete. Ihr abgebautes Erz ist billiger als das von Firmen. Wenn die internationale Gemeinschaft helfen möchte, wäre das ein Ansatzpunkt.



Foto: Roland Brockmann, Misereor

„Die Rebellen gehen normalerweise in die Bergbau-Gebiete. Ich glaube, dass der Krieg enden könnte, wenn wir ein Bergbauunternehmen in der Region hätten, das die Menschenrechte achtet.“

### Opfer ist die Zivilbevölkerung

Zudem gibt es die Flüchtlinge aus Ruanda. Die internationale Gemeinschaft weiß darum, und wie dadurch Unsicherheit im Kongo geschaffen wird, spricht darüber aber weder mit der ruandischen Regierung noch mit der kongolesischen. Opfer ist die arme Zivilbevölkerung.

Einige ehemalige Rebellen sind, ohne dass sie eine Ausbildung erhalten haben, in der regulären Armee gelandet. Die meisten Soldaten bekommen keinen Sold. Das sind Probleme, die Krieg bringen. Die Soldaten sollen die Bevölkerung beschützen. Aber wie kann jemand, der eine Waffe hat, Menschen schützen, die um ihn herum essen, während er vielleicht schon zwei Tage ohne Essen auskommen muss? Die Situation bringt ihn dazu Gewalt anzuwenden, um etwas zu essen zu haben. Wir müssen zu diesen Aspekten arbeiten, um Gewalt zu reduzieren. Wir haben gute Soldaten, für die gut gesorgt werden muss, damit sie die örtliche Bevölkerung schützen können. Aber wir haben noch keine Rechtssicherheit und die Regierung ist noch nicht stabil. Die UN-Mission muss neu überlegen, was sie für die Bevölkerung tun kann.

### Das System lässt Menschen gewalttätig werden

Meine Stadt Bukavu war in der Vergangenheit eine gute Stadt. Man konnte den frischen Wind vom Kivu-See her einatmen. Die Menschen waren stolz auf ihre Stadt. Im Vergleich dazu ist die Stadt heute schmutzig. Ich bin dort zur

Schule gegangen. Heute werden Lehrer an staatlichen Schulen teilweise nicht mehr bezahlt. Eltern müssen im Kongo Schulgeld bezahlen. Viele der Eltern haben aber keine Arbeit mehr. Viele Kinder leben auf der Straße. Ältere suchen Asyl in Deutschland, andere werden süchtig.

Ich bin derzeit auf Einladung von missio an der Akademie für Konflikttransformation in Königswinter. Die Ausbildung wird mir helfen, danach Trainer in 37 Pfarreien auszubilden, zwei Personen pro Pfarrei. Viele denken, Kongolesen seien gewalttätig. Ich finde, dass das System sie gewalttätig werden lässt, und dass wir daran arbeiten können. Viele Menschen sind einfach nur deshalb unter Druck, weil sie nicht wissen, was sie essen werden, wie sie ihre Grundbedürfnisse stillen sollen. Das Ergebnis ist der Einsatz von Gewalt für fast jede Art von Konflikt.

Die Menschen sind Opfer langer Konflikte, die jetzt bereits über 18 Jahre dauern. Wir sind auch nicht wirklich arm. Das System macht uns arm. Viele in Bukavu hatten zuvor Äcker in den Dörfern, bevor die Rebellen sie in die Stadt trieben. Jetzt leben sie ohne Arbeit in der Stadt. Ich fürchte, dass es in den kommenden Jahren einen Bürgerkrieg im Kongo geben wird, wenn die Regierung und die internationale Gemeinschaft nicht an diesen Problemen arbeiten.

Notiert von Wiltrud Rösch-Metzler, pax christi-Bundesvorsitzende.

# Ein Mann wie eine Tankstelle

Konzilsbischof Luigi Bettazzi besucht pax christi Würzburg



Foto: pax christi Würzburg

Bettazzi fordert, dass die Kirche sich heute noch radikaler als die Bischöfe des Konzils gegen jede Art von Krieg aussprechen müsse. Es sei notwendig, den Krieg insgesamt abzulehnen.

## Stefan Silber

„pax christi hat mich gelehrt, was das Konzil bedeutet“, sagte Bischof Luigi Bettazzi bei seinem Besuch in Würzburg im November 2015. Als frisch ernannter Weihbischof hatte er am II. Vatikanischen Konzil teilgenommen; 1968 wurde er Präsident von pax christi Italien und 1976 Präsident von Pax Christi International (bis 1985). Dabei war Bettazzi kein unbedarfter Teilnehmer am Konzil: Immerhin war „sein“ Bischof, der Erzbischof von Bologna, Kardinal Lercaro, einer der mächtigen Konzilsmoderatoren, und beide standen sie im Austausch mit Giuseppe Dossetti, einem Widerstandskämpfer und Pazifisten, der großen Einfluss sowohl auf das Konzil wie auf die italienische Verfassung ausübte.

Dennoch machte Bettazzi deutlich, dass ihm gerade die internationale Arbeit bei pax christi die Augen für die Bedeutung geöffnet habe, welche das Konzil auch heute noch für die Kirche besitzt: Sie muss sich noch stärker für Menschenrechte und Gerechtigkeit, gegen den Krieg und für den Frieden, für den Erhalt der Schöpfung und gegen das unkontrollierte Wachstum engagieren.

## **Wir zerstören nicht nur die Umwelt, sondern die Zukunft der Menschheit.**

Vor allem bei dem friedenspolitischen Gespräch, zu dem der

Diözesanverband Würzburg von pax christi eingeladen hatte, zeigte sich Bettazzi kämpferisch – und dabei zugleich humorvoll – auch zu aktuellen Fragen. Immer wieder betonte der inzwischen 92-jährige, dass es notwendig sei, sich bereits gegen die Herstellung von Waffen zu engagieren, denn durch die Waffenproduktion und die damit verbundene Korruption werde viel Geld verdient, welches den Einsatz dieser Waffen im Krieg für ihre Hersteller wünschenswert mache. Dasselbe gelte für das Wirtschaftswachstum, das auf die Ausbeutung von Rohstoffen in den armen Ländern angewiesen sei und dort nicht nur Krieg, sondern auch die Zerstörung der Umwelt mit sich bringe. Bettazzi holte sein eigenes Smartphone hervor, um zu illustrieren: Mit jedem modernen Mobiltelefon beteiligen wir uns am Krieg im Kongo. In diesem Zusammenhang verwies er auch auf die päpstliche Enzyklika *Laudato Si*: Wir zerstören nicht nur die Umwelt, sondern die Zukunft der Menschheit.

Bettazzi forderte, dass die Kirche sich heute noch radikaler als die Bischöfe des Konzils gegen jede Art von Krieg aussprechen müsse: Immerhin habe das Konzil den Totalen Krieg mit ABC-Waffen verurteilt, aber es sei notwendig, den Krieg insgesamt abzulehnen. Auch auf die Publikumsfrage, ob das auch für den Kampf gegen die Menschenrechtsverletzungen durch den IS gelte, betonte er: Es muss gewaltfreie Lösungen geben. Jeder Einsatz von Gewalt führt immer zu noch

Bettazzi: „Mit jedem modernen Mobiltelefon beteiligen wir uns am Krieg im Kongo.“



Foto: pax christi Würzburg

mehr Gewalt. Gerade gegen den IS sei es notwendig, dass zunächst alle Waffenlieferungen, Ölgeschäfte, verdeckte Finanzierungen und jede andere direkte und indirekte Unterstützung beendet und die Eigeninteressen der Krieg führenden Staaten zurückgestellt werden, statt die Region durch noch mehr Gewaltakte weiter aufzuheizen.

Auf die Frage, wie Europa mit der Not der Flüchtlinge umgehen solle, stellte Bettazzi ebenfalls heraus, dass der Einsatz gegen die Fluchtursachen prioritär sei: Europa sei mitverantwortlich für die Kriege im Nahen Osten und in Libyen und müsse sich daher auch der Flüchtlinge annehmen.

Ein weiterer Schwerpunkt der Veranstaltungen mit Luigi Bettazzi in Würzburg war die Vorstellung seines neuen Buches „Die Kirche der Armen – vom Konzil bis zu Papst Franziskus“ und die 50-Jahrfeier des Katakombenpaktes, dessen letzter noch lebender Erstunterzeichner er ist.

### Errichtung eines gerechten Friedens

Im Katakombenpakt vom 16. November 1965 hatte Bettazzi zusammen mit etwa 40 weiteren Bischöfen, vor allem aus dem globalen Süden, 13 Selbstverpflichtungen unterzeichnet, in denen sie sich für einen einfachen Lebensstil, eine geschwisterliche Amtsführung und eine grundlegende Solidarität mit den Armen ihrer Diözesen und der gesamten

Welt aussprachen. Bettazzi zeigte sich selbst verwundert, aber auch dankbar darüber, dass diese damals geheim gehaltenen Selbstverpflichtungen nun, 50 Jahre später, weltweit wieder neu diskutiert und aktualisiert werden.

Zusammen mit Elmar Klinger, dem emeritierten Fundamentaltheologen der Universität Würzburg, zeigte Bettazzi auf, dass die Kirche der Armen, die von Papst Johannes XXIII, Kardinal Lercaro und den Unterzeichnern des Katakombenpaktes ersehnt worden war, auch heute noch eine wichtige Aufgabe für die Kirche sei. In Papst Franziskus, der unermüdlich an der Bekehrung der Kirche und an der Errichtung eines gerechten Friedens arbeite, besitze sie einen wichtigen Vorkämpfer.

Eine Teilnehmerin sagte über den Konzils- und Friedensbischof: „Ein Mann wie eine Tankstelle: ein Mensch, der neue Kraft gibt“. Bettazzi bestach sowohl durch seine Lebensfreude wie durch seine politische Klarheit: Zu Gewaltfreiheit und Mitmenschlichkeit sieht er keine Alternative. Gastfreundschaft und Kampf gegen den Krieg können vielmehr das eigene Leben bereichern. Luigi Bettazzi vermittelte Lust am Engagement in der Kirche, in der Gesellschaft und in der Politik.

Stefan Silber ist Mitglied im erweiterten Diözesanvorstand Würzburg.

# Sehr kritisch: Waffen in den Irak

GKKE fordert klare sicherheits- und friedenspolitische Ziele

„Die Menschenrechtspraxis des Landes ist abgründig, die Rolle in der Region nicht gerade stabilisierend. Die Vorstellung, dass deutsche Waffen über Saudi-Arabien an Salafisten und terroristische Gruppen in Nordafrika, Nigeria und Mali gelangen könnten, finde ich schlichtweg empörend.“

*Prälat Karl Jüsten,  
katholischer Vorsitzender der GKKE*



Fotos: Sadik Gulec / Shutterstock.com

## Simone Wisotzki

Im Schwerpunkt des GKKE-Rüstungsexportbericht 2015 fragt die Fachgruppe der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE), ob und inwieweit die Waffenlieferungen zielführend waren und welche Risiken für die Region damit verbunden waren und sind. Das politische Fazit: Dieser Waffenhilfe mangelt es wie manch anderer Ausbildungsmission und flankierender Militärlieferung an klaren sicherheits- und friedenspolitischen Zielen und normativen Vorgaben.

Simone Wisotzki, die dieses Kapitel des Berichts verfasst hat, führte bei der Pressekonferenz zur Vorstellung des Berichts aus:

In drei Lieferungen wurden bis November 2014 in Abstimmung mit der irakischen Zentralregierung 16.000 Sturmgewehre geliefert, dazu Maschinengewehre und 7 Millionen Schuss Munition. Des Weiteren Panzerabwehrwaffen des Typs Milan, Panzerfäuste und Handgranaten. Im Januar 2015 wurden in einer Folgelieferung weitere Waffen an die Peschmerga geliefert, unter anderem 4.000 Sturmgewehre G3 sowie noch einmal 6 Millionen Schuss Munition. Am 29. Januar 2015 beschloss der deutsche Bundestag die Ausbildungsmission kurdischer Peschmerga durch deutsche Bundeswehrsoldaten – die kurdische Regionalregierung hat die Bundesregierung jetzt erneut um weitere Kleinwaffen- und Munitionslieferungen ersucht.

### Tabubruch

Waffenlieferungen an Akteure – auch an nicht-staatliche oder zumindest paramilitärische Einheiten in Kriegsgebieten sind ein probates Mittel staatlicher Sicherheitspolitik

der USA, Großbritanniens, Frankreichs, Russlands oder des Irans. Dass jetzt auch Deutschland Kleinwaffen direkt an eine Kriegspartei liefert, markiert eine Wende der bisherigen deutschen Politik. Das Tabu, keine Waffen in Kriegsgebiete und an semi-staatliche Akteure zu liefern, ist damit gebrochen. Der Begründungszusammenhang für die Waffenlieferungen hat sich verändert: Stand im vergangenen Jahr der unmittelbare Handlungszwang des humanitären Schutzes der Jesiden im Vordergrund, so sind es jetzt vor allem sicherheitspolitische Begründungen, wie die Unterstützung der kurdischen Regionalregierung und der Peschmerga im Kampf gegen den IS. Mit der Genehmigung der Ausbildungsmission durch die Bundeswehr werden weitere Waffen- und Munitionslieferungen an die Peschmerga zu einer logischen Konsequenz und somit zur Routineangelegenheit.

Die politischen Grundsätze von 2000 sagen aus, dass keine Rüstungsgüter in Staaten geliefert werden dürfen, die in bewaffnete Auseinandersetzungen verwickelt sind. Die Grundsätze enthalten jedoch die Ausnahmeregel im Fall besonderer „außen- und sicherheitspolitischer Interessen“. In Deutschland bleibt die Debatte über das Für und Wider solcher Waffenlieferungen verhalten und verstummt nahezu angesichts des erklärten Willens, den IS mit allen zur Verfügung stehenden militärischen Mitteln zu bekämpfen.

### Für und Wider diskutieren

Es mehren sich Meldungen, dass die Waffen nicht immer an ihren Bestimmungsort gelangt oder zumindest nicht dort geblieben sind. So sollen Kleinwaffen aus der Lieferung der Bundeswehr an die PKK gelangt sein, die in Deutschland als Terrororganisation geführt wird. Die Beantwortung der Fra-



Foto: p3rff.com/hurricanebank

„Als Kirchen haben wir im vergangenen Jahr diese Waffenlieferungen für vertretbar bzw. nachvollziehbar gehalten, da der humanitäre Schutz der Jesiden im Vordergrund stand. Die Fachgruppe hatte aber schon damals vor den Proliferationsrisiken und unkontrollierbaren Auswirkungen in der Konfliktregion gewarnt. Wir haben als GKKE in der Vergangenheit die sogenannte Ertüchtigung mit Waffenlieferungen an vermeintliche Stabilitätspartner in Konfliktregionen höchst kritisch bewertet. Im Fazit lässt sich festhalten: Keine Militär- und Waffenhilfe, keine „Ertüchtigung“ ohne sicherheits- und friedenspolitische Ziele.“

*Martin Dutzmann, evangelischer Vorsitzender der GKKE, bei der Vorstellung des Berichts am 17.12.2015 in der Bundespressekonferenz*

ge der Fraktion der Linken nach der Weiterverbreitung der Kleinwaffen ist von der Bundesregierung als Verschlussache eingestuft worden und somit nicht öffentlich zugänglich. Die Bundesregierung verweist in der Beantwortung einer anderen parlamentarischen Anfrage darauf, dass Kriegswaffen nicht exportiert würden, wenn ein hinreichender Verdacht bestehe, dass Waffen zur Repression oder systematischen Menschenrechtsverletzungen eingesetzt würden. Berichten zufolge werden kurdische Regierungskritiker vom Geheimdienst der kurdischen Regionalregierung oder auch von Privatmilizen in Geheimgefängnissen festgehalten und gefoltert.

Ein ranghoher Peschmerga-General, der bis Ende 2014 einen Frontabschnitt befehligte, der mit deutschen Waffen ausgerüstet worden war, soll zudem einen Auftragsmord an einem regimekritischen Journalisten angeordnet haben. Human Rights Watch kritisiert, dass kurdische Sicherheitskräfte nach der Rückeroberung der vom IS besetzten Gebiete die arabische Bevölkerung gehindert hätten, in ihre Heimat in die Provinzen Ninawa und Erbil zurückzukehren. Die International Crisis Group berichtet über die Autonomiebestrebungen der kurdischen Regionalregierung und ihre interne Zerstrittenheit.

Während westliche Staaten die der Kurdistan Democratic Party nahestehenden militärischen Kräfte ausbildeten und mit Waffen versorgen, wird die Patriotic Union of Kurdistan vom Iran und der PKK unterstützt. Die fragile irakische Souveränität wird durch die Interessenvielfalt der engagierten Akteure weiter destabilisiert. Der Irak kämpft nicht nur gegen den IS, sondern auch mit anderen Rebellengruppie-

rungen. Die Benachteiligung sunnitischer und baathistischer Kräfte unter der ehemaligen Regierung Maliki hat mit zu der gegenwärtigen Konfliktformation geführt.

#### Ziel: dauerhafter Friede

Studien zeigen, dass Waffenlieferungen an nicht-staatliche oder semi-staatliche Akteure selten kriegsentscheidend waren. Das Beispiel Libyen verdeutlicht etwa, dass Waffen, die in Konflikten unkontrolliert in die Hände von staatlichen wie nicht-staatlichen Kämpfern gelangen, im Machtvakuum des Nachkriegs rasch weiterverbreitet werden und in weitere potenzielle Konfliktregionen – wie etwa Mali – gelangen. Berichten der Vereinten Nationen zufolge sind Flugabwehrraketen von Libyen in den Tschad, Libanon und nach Tunesien gelangt. Über das Für und Wider solcher Waffenlieferungen und Militärhilfe lässt sich streiten, die Risiken sind erheblich und sollten offen benannt und diskutiert werden. Die Ertüchtigung zum Krieg durch deutsche Militärhilfe und Waffenlieferungen an die Peschmerga folgt einer anderen Logik als die der Sicherheitssektorreform in fragilen Staaten, denn es geht nicht um den Aufbau einer einheitlichen staatlichen Ordnung für den Irak. Gleichzeitig weitet sich der IS auch in anderen Regionen und Staaten jenseits von Irak und Syrien aus, beispielsweise in Libyen und Afghanistan. Nüchtern betrachtet muss man zugeben, dass keine der militärischen Interventionen in der jüngeren Vergangenheit in der Nahost-Region erfolgreich im Sinne einer stabilen staatlichen Ordnung und dauerhaften Friedens gewesen ist.

Simone Wisotzki ist Mitglied der GKKE-Fachgruppe Rüstungsexporte und am Leibniz Institut der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) tätig. Der Text dokumentiert auszugsweise ihr Statement vom 17.12.2015

# Ziviler Ungehorsam und pax christi

Station auf dem Weg zu einer gerechteren Gesellschaftsordnung



Foto: 137f.com / meinzahn/Collage: Begegnung

## Martin Singe

*In pax christi wird derzeit über zivilen Ungehorsam diskutiert und über die Frage, ob pax christi zu entsprechenden Aktionen aufrufen soll. Der DV-Beschluss von 2014 hat dazu einige Vorlagen gegeben. Ich nehme auf diese Überlegungen kritisch Bezug.*

Ziviler Ungehorsam ist eine manchmal symbolische, mitunter aber auch nicht nur symbolische Regelüberschreitung. Unter Umständen geht es auch um eine gezielte Außerkraftsetzung einer Regel bzw. eines Gesetzes, wenn dieses selbst ein Unrecht darstellt. Es geht immer darum, ein erkanntes Unrecht zu bekämpfen bzw. zu umgehen, das sich ggf. in staatlicher Gesetzgebung manifestiert hat. Dabei wird aus einer Gewissensentscheidung heraus gegen ein Gesetz verstoßen, entweder weil das Gesetz selbst das Unrecht darstellt oder weil der Gesetzesverstoß zur Erlangung des Zieles als hinnehmbar eingeordnet wird, ohne dieses konkrete Gesetz in Frage zu stellen. Letzteres ist z. B. der Fall bei einer Sachbeschädigung wie eine Zaundurchschneidung oder die einfache Missachtung eines Betretungsverbot, um ein militärisches Gelände zu besetzen.

Das Unrecht ist dann natürlich nicht der Zaun und das ihn schützende Gesetz, sondern die Kriegsvorbereitungen auf

dem Gelände, wie z. B. die Bereithaltung von Atomwaffen in Büchel oder die Kriegstrainings der Bundeswehr auf dem Gefechtsübungszentrum in der Altmark. An beiden Orten werden auch 2016 wieder Aktionen stattfinden.

## Rechtsordnungen sind historische Produkte

Ziviler Ungehorsam (ZU) kann also das Unrecht direkt durch Gesetzesübertretung oder unter Inkaufnahme einer Gesetzesübertretung bekämpfen. Erinnerung sei an die ersten Aktionen der Bürgerrechtsbewegung um Martin Luther King, die mit der Übertretung der Rassentrennung in den Bussen begann. Das Gesetz selbst stellte das Unrecht dar, das es zu überwinden galt. Ungerechte staatliche Gesetze können durch solche Aktionen direkter Übertretung in Frage gestellt werden mit dem Ziel ihrer Abschaffung. Ein anderes Beispiel wäre die Desertion vieler mutiger Soldaten im Zweiten Weltkrieg, die – leider sehr spät – rechtlich rehabilitiert wurden.

Ziviler Ungehorsam ist deshalb nicht von vornherein als strafbar, erst recht nicht als strafwürdig einzustufen, was in der Debatte – auch in den Materialien zum DV-Beschluss – m. E. teilweise falsch dargestellt wird. Hier heißt es, dass Ziviler Ungehorsam rechtlich nicht zu rechtfertigen sei, da er begriffsnotwendig im Widerspruch zur Rechtsordnung stehe. Diese Bemerkung übersieht, dass Rechtsordnungen

historische Produkte sind, für Rechtsentwicklungen offen sind und oft in ihrer konkreten Ausprägung keineswegs dem Recht entsprechen, wie es sich aus den Menschenrechten herleitet. Ich gehe davon aus, dass die Menschenrechte und das Völkerrecht als übergeordnete Kategorien das Kriterium schlechthin bilden, nachdem einfache staatliche Gesetze beurteilt werden müssen.

### Frieden und Menschenrechte als Grundnormen

So ist in der Fachdiskussion auch die Rede vom „prima-facie-Ungehorsam“. Also auf den ersten Blick ist es Ungehorsam als Gesetzesübertretung. Aber als eine Station auf dem Weg zu einer gerechteren Gesellschaftsordnung wird der Ungehorsam im Nachhinein gerechtfertigt. Daher streiten wir ja vor Gericht immer wieder auch für die rechtliche Anerkennung unserer ungehorsamen Taten und fordern Freispruch. Ziel ist es nicht, bestraft zu werden, sondern die nicht nur moralische, sondern auch rechtliche Rechtfertigung der Tat. Dies wäre möglich, wenn die Richterschaft in den ZU-Verfahren nicht wie üblich engstirnig Paragraphen abarbeiten würde, sondern die ZU-Taten in den Gesamtzusammenhang der Rechtsordnung stellen würden – was natürlich nur in prinzipiell demokratisch und an den Menschenrechten ausgerichteten Staaten funktioniert. Das deutsche Grundgesetz immerhin stellt Frieden und Menschenrechte als die Grundnormen schlechthin voraus. Wenn dann der Staat selbst gegen diese Grundnormen verstößt, gibt es ein Recht auf Widerstand, womit ich nicht das große Widerstandsrecht aus Artikel 20 Abs. 4 GG meine.

### Mit Bestrafung muss gerechnet werden

Eine Anmerkung zu Blockadeaufrufen: Oft wird zu Aktionen Zivilen Ungehorsams aufgerufen, ohne zu wissen, ob die Tat überhaupt strafrechtlich geahndet wird. Man sollte immer zu einer bestimmten Aktion aufrufen und diese als solche beschreiben. Blockaden sind mindestens bis zu ihrer polizeilichen Auflösung vom Versammlungsrecht geschützt. Es sollte also in solchen Fällen eher darauf hingewiesen werden, dass sich die Aktion im Verlaufe zu einer Aktion Zivilen Ungehorsams entwickeln kann. Das macht es auch möglich, mehr Menschen zu beteiligen und die Gruppe z.B. in diejenigen aufzuteilen, die nach der dritten polizeilichen Auflösungsverfügung gehen wollen, und diejenigen, die dann bleiben und in der Tat zivil ungehorsam werden.

Kurz zur anderen Frage, ob pax christi zu ZU-Aktionen aufrufen sollte. So traurig, wie die aktuelle Rechtsprechung im

Der Versuch, vor Gericht eine ZU-Tat rechtlich zu rechtfertigen, stützt sich vor allem auf die Notwehr- und Nothilferegulungen im Strafgesetzbuch und im Ordnungswidrigkeitsrecht. Der § 34 des StGB (ähnlich OWiG § 16) sei deshalb hier auszugsweise zitiert: „Wer in einer gegenwärtigen nicht anders abwendbaren Gefahr ... eine Tat begeht, um die Gefahr von sich oder einem anderen abzuwenden, handelt nicht rechtswidrig, wenn bei Abwägung der widerstreitenden Interessen ... das geschützte Interesse das beeinträchtigte wesentlich überwiegt.“ Genau das tun wir, wenn wir gegen die menschen- und völkerrechtswidrige Militärpolitik mit Mitteln des zivilen Ungehorsam vorgehen. Oder wenn man entgegen der widerwärtigen Abschiebepolitik Asylbewerber versteckt.

Ebenfalls wäre rechtlich noch auf den Straftatbestand der Vorbereitung von Angriffskriegen (§ 80 StGB) in Zusammenhang mit Art. 26 GG (Störung des friedlichen Zusammenlebens der Völker) einzugehen. Hier hat die Rechtsprechung in Verkehrung sämtlicher rechtlicher Logik sogar behauptet, dass nur die Vorbereitung, aber nicht die Führung eines Angriffskrieges strafbar sei. So argumentierte der Generalstaatsanwalt gegen die Eröffnung eines Strafverfahrens gegen die Bundesregierung, als diese sich an völkerrechtswidrigen Angriffskriegen beteiligte (z.B. Jugoslawien 1999).

Alltag praktiziert wird, ist in der Regel mit einer Bestrafung von ZU-Aktionen zu rechnen. Für gemeinnützige Organisationen ist es daher strategisch unklug, zu solchen Aktionen aufzurufen, da die Gemeinnützigkeit dadurch gefährdet werden könnte. Der einfache alternative Weg ist, Personenbündnisse für solche Aufrufe zu gründen. Hier steht jede/r Einzelne in der Verantwortung, da ja unter Umständen schon der Aufruf zu einer solchen Aktion strafrechtlich verfolgt wird. Und wenn sich in solch einem Bündnis auch hundert pax christi-Mitglieder wiederfinden, mag sich der kundige Leser ausmalen, was pax christi als Bewegung denkt.

Martin Singe ist Mitglied der Bonner pax christi-Gruppe und arbeitet beim Komitee für Grundrechte und Demokratie.

## Aus dem Bundesvorstand

Josef Roberg

### Aufträge der Delegiertenversammlung 2015

---

Der Bundesvorstand bearbeitete Anträge, die die Delegiertenversammlung an ihn überwiesen hat. Beschlossen wurde die „Prüfung der Einrichtung und Steuerung einer jährlichen Plattform für die friedensethische Diskussion in der deutschen katholischen Kirche“. Ein Antrag aus Aachen zur Neugestaltung der Militärseelsorge erfordert eine grundlegende Diskussion in pax christi. Der Bundesvorstand wird dazu eine Diskussionsgrundlage für die kommende Delegiertenversammlung erarbeiten.

Ein Antrag, die katholischen Bischöfe aufzufordern, „ihre Befürwortung von militärischer Gewalt gegenüber dem sogenannten Islamischen Staat (IS)“ zu überprüfen, wurde vom Bundesvorstand abgelehnt, da Bischof Algermissen am 4. Dezember die pax christi-Position veröffentlicht hat.

Einen Initiativantrag gab es aus Kassel über den israelischen Whistleblower und Pazifisten Mordechai Vanunu. Der Bundesvorstand wird sich bei der israelischen Botschaft dafür einsetzen, dass Herr Vanunu aus Israel aus- und wieder einreisen darf.

Ein Freiburger Initiativantrag zur Abschaffung der Atomwaffen wurde ebenfalls einstimmig angenommen, ein entsprechender Brief an die Bundesregierung ist in Vorbereitung.

Der Text des Leitantrags des Bundesvorstands „Legale Einreisewege schaffen und Fluchtursachen bekämpfen“ wurde veröffentlicht. Der Bundesvorstand teilt diese pax christi-Stellungnahme Bundeskanzlerin Merkel in einem Brief mit.

### Präsident Algermissen warnt vor Kriegsbeteiligung in Syrien

---

pax christi-Präsident Bischof Heinz Josef Algermissen erklärte am 4. Dezember, dem Tag der Entscheidung im Bundestag, ein Ja zu einem Militäreinsatz bedeute, „ein militärisches Abenteuer zu beginnen, dessen Ziel und Ende nicht absehbar ist, in einer Region, wo bereits viele Akteure bombardieren und kämpfen“. Statt dass nach fünf Jahren Krieg in Syrien, mehr als 250.000 Toten und Millionen auf der Flucht endlich die Waffen schweigen, „treten neue Akteure wie Deutschland in den Krieg ein. Die Gewaltspirale wird dadurch nicht gestoppt.“ Erforderlich sei internationaler Druck auf Saudi-Arabien und den Iran, die auf syrischem

Boden um die regionale Vorherrschaft kämpften. Wie die Bundesregierung „gleichzeitig zu diplomatischen Bemühungen mit der Unterstützung von Luftangriffen Kriegspartei zu werden und Angst und Schrecken zu verbreiten, konterkariert den diplomatischen Weg“. Deutschland entferne sich von seiner Entscheidung für zivile Wege der internationalen Politik.“

## Nachrichten aus den Kommissionen

Odilo Metzler

### Offener Brief an die Soldatinnen und Soldaten des Syrien-Kontingents

---

Gemeinsam mit dem Geschäftsführenden Vorstand richtet die Kommission Friedenspolitik im Januar einen offenen Brief an die Soldatinnen und Soldaten des Syrien-Kontingents. Wiltrud Rösch-Metzler: „Wir ermutigen die Soldatinnen und Soldaten des deutschen Syrien-Kontingents jede für sich zu prüfen, ob dieser Befehl mit ihrem Gewissen in Einklang steht. Wenn nicht haben sie das Recht, von ihrem Dienstherrn eine andere Verwendung zu verlangen.“

### EU: Kennzeichnung israelischer Siedlungsprodukte

---

Die Nahostkommission begrüßte am 12. November die Entscheidung der EU-Kommission, dass künftig in allen 28 EU-Mitgliedstaaten Erzeugnisse aus den von Israel besetzten Gebieten und von den Golanhöhen als solche gekennzeichnet werden und forderte die rasche Umsetzung in Deutschland.

### „Schützenhilfe der Bischöfe für TTIP“

---

Die Kommission Globalisierung und soziale Gerechtigkeit kritisierte am 16. November zusammen mit dem pax christi-Diözesanvorstand München-Freising, dass die Kommission der Deutschen Bischofskonferenz für gesellschaftliche und soziale Fragen mit ihrer Stellungnahme „Gerechte Regeln für den freien Handel – Sozialethische Orientierungen für eine Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP)“ „Schützenhilfe der Bischöfe für TTIP“ geleistet habe. Sie habe einen „Schwenk gegenüber der Kritik des Katholischen Büros, der KAB, weiterer katholischer und anderer Verbände vollzogen, statt zu helfen, dass Intransparenz, Abbau von Standards und Reduzierung demokratischer Mitbestimmung verhindert werden“.



Foto: Diözesanverband Augsburg

Das Reisetagebuch des Diözesanverbands Augsburg mit dem Titel „gebrochen, verletzt, am Rande der Hoffnungslosigkeit“ liefert wertvolle Hintergrundinformationen zu Friedensgruppen und Begegnungen mit Palästina und Israel.

### Solidarität mit den Menschen in Burundi

Die Kommission Solidarität mit Zentralafrika bat am 24. November um das Gebet für den Frieden in Burundi. Nach manipulierten Präsidentschaftswahlen und den Unruhen seien mehr als 200.000 Menschen ins Ausland geflohen und viele Menschen in Burundi auf der Flucht. Burundi stehe am Abgrund. Die Bundesregierung solle darauf drängen, dass Menschenrechtsverletzungen dokumentiert werden, damit die Verantwortlichen vor dem Internationalen Strafgerichtshof zur Verantwortung gezogen werden zu können.

### Kolumbien: Forderung nach Waffenstillstand

Die Kommission Solidarität Eine Welt forderte zusammen mit 130 internationalen Organisationen in einem offenen Brief am 19. November die kolumbianische Regierung zu deeskalierenden Maßnahmen, einem beidseitigen Waffenstillstand sowie zum Schutz der Zivilbevölkerung auf. Zunehmende Militärangriffe bedrohten den einseitigen Waffenstillstand der FARC und die angekündigte Deeskalation des Krieges. Die Regierung solle auch Friedensverhandlungen mit der zweitgrößten Guerillagruppe Nationale Befreiungsarmee (ELN) aufzunehmen.

### Werbekampagne der Bundeswehr stoppen

Die Kommission Friedensbildung forderte am 17. Dezember die Beendigung der aktuellen Werbekampagne der Bundeswehr ‚Mach, was wirklich zählt‘. Für über 10 Millionen Euro werde mit 30.000 Plakaten, Riesenpostern auf Plakatwänden in 11 Städten und 5 Millionen Postkarten in Szenekneipen, aber auch durch Vorfilme in Kinos und im Internet für den Dienst in der Bundeswehr

geworben: „Krisenherde löschst Du nicht mit Abwarten und Teetrinken“ – mit solchen zynisch klingenden Sprüchen würden Risiken verschleiert und mit Film-Trailern Abenteuerromantik vorgespielt. Besonders kritikwürdig seien Anzeigen in Schülerzeitschriften und Heften zur Berufsfindung und die Werbung auf der Ausstellung Didacta.

### Kolumbien:

#### Menschenrechte wichtiger als Wirtschaftsinteressen

In einem offenen Brief an NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft kritisierte die Kommission Solidarität Eine Welt, die Christliche Initiative Romero und der Verein PowerShift am 18. Dezember, ihre Kolumbienreise in Begleitung einer Wirtschaftsdelegation habe insbesondere der Wirtschaftsförderung gedient. Sie sei über gravierende Menschenrechtsverletzungen hinweg gegangen, statt den lokalen Menschenrechtsverteidiger/innen den Rücken zu stärken.

## Meldungen aus den Diözesanverbänden

Markus Weber

### Augsburg

#### Reisetagebuch durch Palästina und Israel

pax christi bietet unter dem Titel „gebrochen, verletzt, am Rande der Hoffnungslosigkeit“ ein Tagebuch der Begegnungs- und Solidaritätsreise nach Palästina und Israel an,

die der Diözesanverband im September 2015 durchgeführt hatte. Das Tagebuch liefert wertvolle Hintergrundinformationen zu den einzelnen Friedensgruppen und Begegnungen der Reise und kann bei pax christi Augsburg bestellt werden, E-Mail: augsburg@paxchristi.de.

## Speyer

### Neuer Vorstand und neue Aufgaben

Die Zukunftsfähigkeit von pax christi war Hauptthema der diesjährigen Diözesanversammlung im Herz-Jesu-Kloster in Neustadt. So sehen die Verantwortlichen für ihre Rolle als katholische Friedensbewegung im Bistum mittelfristig zwei Perspektiven. Zum einen das Angebot von Friedensdiensten für junge Menschen im Rahmen des Programms „weltwärts“. Hier betreut pax christi schon seit mehreren Jahren zwei Stellen in Ecuador, ab August 2016 wird eine Stelle hinzukommen.

Eine weitere Perspektive für sein künftiges Engagement sieht der Diözesanverband in der Zusammenarbeit mit der neuen Großpfarre der Stadt Speyer – wird diese doch den Namen „Pax Christi“ tragen. Personell drückt sich diese Verbundenheit durch die Wahl von Diakon Paul Novicki zum neuen Diözesanvorsitzenden aus. Die Geschäftsführung übernimmt Michael Strake aus Hütschenhausen, der diese Tätigkeit nach dem Tod von Rudolf Oswald schon kommissarisch ausgeübt hatte. In ihrem Amt bestätigt wurden die Diözesanvorsitzende Monika Bossung-Winkler (Böhl-Iggelheim) und der Geistliche Beirat Prälat Alfons Henrich (Kuhardt).

## München-Freising

### Informationspaket zum Weltfriedensgebetstag

Alle Pfarreien der Erzdiözese München informierte pax christi über den Weltfriedenstag 2016, den der Papst unter den Titel „Überwinde die Gleichgültigkeit und gewinne den Frieden!“ gestellt hatte. Mit in diesem Informationspaket das Falblatt, welches von pax christi mit herausgegeben wurde und die Arbeitshilfe der Bischofskonferenz. Als Abschluss der Aktion feierte der geistliche Beirat Charles Borg Manché einen Gottesdienst zum Thema mit der Gilchinger Gruppe.

## Trier

### Für die Abschaffung der Atomwaffen

Ein Schwerpunkt der Aktionen von pax christi Trier ist der Einsatz für die Abschaffung der Atomwaffen auf dem Fliegerhorst Büchel. Besonders die Vorstandsmitglieder Joachim Willmann und Werner Schwarz sind dort seit Jahren aktiv. Deshalb hat der Vorstand nun beschlossen, der Kampagne „Büchel ist überall – atomwaffenfrei jetzt!“ beizutreten und den Aufruf

zum diesjährigen Ostermarsch in Büchel mit zu unterzeichnen und zu unterstützen. Wie der Atomwaffentest in Nordkorea sowie die Modernisierungen von Atomwaffen durch westliche Staaten zeigen, ist die Welt trotz des Abkommens mit dem Iran hinsichtlich der Abschaffung der Atomwaffen nicht weiter gekommen, so die Verantwortlichen. Ebenfalls beschloss der Vorstand Martin Baraki bei seiner „Afghanistan-Hilfe“ (Fördergemeinschaft Friedensarbeit Marburg e. V.) zu unterstützen. Ebenfalls wird IALANA im Zusammenhang mit der Aktion „Stopp Ramstein“ unterstützt.

## Syrien

Eine Zusammenstellung des Protests der pax christi-Bewegung gegen den Syrien-Einsatz der Bundeswehr durch Reden, Interviews und Briefen an Politiker/innen anlässlich der Entscheidung im Deutschen Bundestag Anfang Dezember 2015 findet sich auf [www.paxchristi.de](http://www.paxchristi.de)

## Stefan Leibold

### Die Krise unseres Systems – Erfolgreicher Kongress mit der KAB-Münster

Gemeinsam mit der KAB-Münster veranstaltete die pax christi-Kommission Globalisierung und soziale Gerechtigkeit am 20.–22.11.2015 in Haltern das Seminar „Ursachen und Dynamik der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrisen“. Nach einem Austausch über die persönliche Wahrnehmung der Krise identifizierte der Exit-Redakteur Johannes Bareuther diese in seinem Referat als unvermeidliche Folge der globalen Durchsetzung des kapitalistischen Wirtschaftssystems, welches das Profitprinzip über alles stellt und keinen Platz lässt für sozialen Ausgleich. In Arbeitsgruppen wurden mögliche Lösungsansätze diskutiert: die Gemeinwohlökonomie, der Faire Handel, das indigene Konzept des buen vivir und weitere konkrete Handlungsmöglichkeiten innerhalb des Systems. Das ernüchternde Fazit: Es handelt sich bei diesen Ansätzen um gut gemeinte Konzepte, die hier und da auch kurzzeitig Positives bewirken können, aber nicht um grundlegende Lösungen zur Abwendung der krisenhaften Entwicklung. Hoffnungslosigkeit also als Fazit? Keineswegs. Bareuther, selbst nicht kirchlich orientiert, erklärte in einer Arbeitsgruppe, noch nirgends habe er so viel Hoffnung erlebt wie auf diesem Seminar. Worin diese Hoffnung besteht, wurde beim von den Arbeitsgruppen vorbereiteten und von Ferdinand Kerstiens geleiteten Gottesdienst deutlich: Wenn wir unsere schonungslose Analyse der Wirklichkeit vor Gott bringen und an der biblischen Befreiungsbotschaft messen, können wir nicht anders, als an dem Ziel der Überwindung des Systems festzuhalten und daran politisch zu arbeiten.

# Beten, Fasten und Spenden

Horst-Peter Rauguth

Wie viele Kriege hat Gott auf Gebete hin beendet? Tag für Tag entflammt die Erde neu. Kaum kehrt am einen Ende der Welt ein wenig Ruhe ein – von Frieden gar nicht zu reden – da entbrennt ein neuer Krieg. Wie viele Menschen bitten Gott um Brot und sind doch verhungert. Die Vorratskammern sind aber bis an den Rand gefüllt. Kann Gott sie aufschließen? Wo bist du, Gott? Manchmal kommt es einem vor, als schliefte Gott.

Aber Beten ist ja kein Geschäft. Bezahlung: Bitte an Gott. Leistung: Erfüllung des geäußerten Wunsches. Beten ist zu allererst eine Haltung. Eine Haltung des Betenden. Wer betet, wird aktiv, bittet, sucht, klopft an. Es ist menschlich, bedürftig zu sein. Wir sind geschaffen als Wesen, die abhängig sind von Nahrung, von Luft, von den verschiedensten Voraussetzungen. Wir dürfen und sollen deshalb bitten. Ich kann vor Gott nichts leisten. Ich bin arm vor Gott, bedürftig. „Weil ich mich nicht auf mich selbst verlassen kann, verlasse ich mich auf ihn. Das Gebet erweitert das Herz, bis es bereit ist, Gottes Geschenk seiner selbst zu empfangen.“ (Mutter Teresa). In dieser Haltung darf ich mich Gott immer wieder öffnen und in meinem Leben Raum geben.

Im Fasten bin ich den Bedürftigen nahe. Im Verzicht nehme ich meine und aller wahren Bedürfnisse besser wahr.

„Auf körperliche Speise zu verzichten, die den Leib nährt, fördert die innere Bereitschaft auf Christus zu hören und sich mit seinem Heilswort zu sättigen. Unser Fasten und Gebet

erlauben es ihm, den tiefer liegenden Hunger zu stillen, den wir in unserem Innersten empfinden: den Hunger und Durst nach Gott.“ (Augustinus).

Gebe ich eine Spende, so ist meine Achtung für meinen Mitmenschen und seine Bedürfnisse gefragt. Und dabei spielt nicht die Höhe des gespendeten Betrages eine Rolle und eine öffentlichkeitswirksame Überreichung desselben, sondern die innere Bereitschaft etwas von mir zu geben, ohne unmittelbar etwas dafür zu bekommen. Und auch den Nächsten in seinen Bedürfnissen zu sehen und zu achten und sich ihnen gegenüber zu öffnen und etwas von sich zu geben um zu helfen. Und in dieser Weise zu geben, ist nicht auf eine Geldspende beschränkt. Wir können Zeit schenken, ein offenes Ohr oder tätige Hilfe. Und die erste Hilfe dem Bedürftigen gegenüber überhaupt ist ihm auf Augenhöhe und mit Respekt zu begegnen. Ich bin auch ein bedürftiger Mensch wie er und habe keinen Grund mich über ihn zu erheben.

So kann der alte Dreiklang von Almosengeben, Fasten und Beten den 40 Tagen vor Ostern als Zeit der Umkehr einen (neuen) Sinn geben und so ein großes Geschenk und eine echte Chance sein. Wir sind eingeladen Almosen zu geben, zu fasten und zu beten und Gott unseren Vater zu nennen. Wo Gott zum Vater und zur Mutter wird, da werden wir Menschen zu Schwestern und Brüdern. Mit allen Konsequenzen für unser alltägliches Verhalten. Und so kommen wir auch dem Frieden näher.

Horst-Peter Rauguth ist Diakon und Geistlicher Beirat von pax christi.



## 100. Katholikentag in Leipzig 25. – 29. Mai 2016

pax christi stellt seinen Auftritt bei der Kirchenmeile unter das Thema: Aktive Gewaltfreiheit. Sie alle sind zu Gesprächen am pax christi-Stand eingeladen. Spannende Gesprächspartner erwarten Sie!

### Auswahl an Veranstaltungen zum Thema Frieden

#### Ausstellung

**Frieden geht anders –  
Ausstellung zur zivilen Konfliktberatung**  
Oper Leipzig

#### Podium

Donnerstag, 14.00 – 15.30 Uhr  
**Verantwortung und Interessen deutscher Außenpolitik  
angesichts internationaler Herausforderungen**  
Sporthalle Brüderstraße

#### Stadtführung

Donnerstag und Freitag, 14.00 – 15.30 Uhr  
**Orte der Friedlichen Revolution in Leipzig –  
Die Geschichte von 1989/90 wird lebendig**

#### Werkstatt

Freitag, 11.00 – 12.30 Uhr  
**Gewaltfrei handeln konkret – Trainingsworkshop**  
Neues Rathaus

#### Film und Gespräch

Freitag, 17.00 – 19.00 Uhr und Samstag, 14.00 – 16.00 Uhr  
**Meister des Todes**  
Schauburg

#### Podium

Samstag, 11.00 – 12.30 Uhr  
**Hoffen, wo keine Hoffnung ist – Das Heilige Land  
nach dem Scheitern des Friedensprozesses**  
Neues Rathaus

#### Gespräch

Samstag, 11.00 – 12.30 Uhr  
**Konflikte lösen, nicht bekämpfen – Siebzehn Jahre  
Erfahrungen mit dem Zivilen Friedensdienst**  
Neues Rathaus

#### Lesung mit Gespräch

Samstag, 16.30 – 18.00 Uhr  
**Krimilesung: Ein paar Tage Licht –  
Eine Geschichte zum Waffenhandel**  
Oper Leipzig